

An einer „historische Weggabelung“?

Szenarien und Konsequenzen zur aktuellen innenpolitischen Krise in der BRD. Teil I

von [TaP](#)

Der folgende Text ist vor allem eine Vorarbeit für einen Text, der seit Tagen hätte geschrieben werden müssen: eine Analyse der innenpolitischen Lage und der Konsequenzen, die daraus für die linken (im engeren und weiteren Sinne) politischen Kräfte folgen.

Auf beschreibender Ebene brachte am Sonntag [Berthold Kohler auf der Webseite der FAZ](#) die – nach Vorantritt von AfD und FDP – aktuell von der CSU geschürte politische Stimmung m.E. treffend auf den Punkt:

„wen kümmern jetzt noch die Widersprüche der CSU und in den Vorwürfen, die Merkel gemacht werden, wenn es doch um ein höheres Ziel geht, den Sturz der Kanzlerin? Denn das ist die immergleiche Folgerung, die aus allen Vorhaltungen gezogen wird, ob ausgesprochen oder nicht: Merkel muss weg. Weg, weil auch ihr die Alleinschuld gegeben wird – an der Spaltung Europas, an der Spaltung der deutschen Gesellschaft und jetzt auch noch an der Spaltung der Unionsparteien. [...]. Vielen ist inzwischen für das politische Ende Merkmals aber kein Preis mehr zu hoch, auch nicht der Preis der Lächerlichkeit. Und wer will sich im Jagdfieber schon Gedanken machen, was wäre, wenn CDU und CSU in Feindschaft auseinandergingen und auch das bürgerliche Lager in Deutschland so zersplitterte wie das linke, das seine Spaltung [...] noch lange nicht überwinden wird? Ein offener Bruch zwischen CDU und CSU käme einem Erdbeben gleich, dessen Folgen für die politische Landschaft und die Regierbarkeit des Landes man sich nicht ausmalen mag.“ ([FAZ v. 24.06.2018](#))

Es sind vor allem fünf Umstände die meine langjährige, stoische Anhänglichkeit gegenüber dem biblischen Motto „*Nihil sub sole novum*“, das ich sowohl linken Hoffnungen auf alsbaldige Kapitalismus-Zusammenbrüche oder sozialistische Revolutionen als auch dramatisierenden Faschisierungsthesen entgegenhielt, erschüttern (– und auch die von Kohler befürchtete ‚Unregierbarkeit‘ gibt im vorliegenden Zusammenhang leider keinen Anlaß für linke Hoffnungen):

1. Merkel wird m.E. in übertriebener Weise als geschwächt und von der CSU Getriebene dargestellt. Zwar wird Merkel in der Tat von der CSU getrieben; und abgesehen davon vertritt und praktiziert Merkel auch aus *eigenem Antrieb* keine emanzipatorische Migrations- etc. -politik, sondern nur eine liberalere Variante der staatlichen Migrationssteuerung und -begrenzung. Merkel wird aber *übertrieben* schwach dargestellt, sofern

++ die „rote Linie“¹, die sie Seehofer am vergangenen Montag (18.6.) in Form des

¹ „Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat Innenminister Horst Seehofer (CSU) im Streit um die Zurückweisung bestimmter Flüchtlinge an der Grenze vor einem Alleingang gewarnt. Es sei eine ‚Frage der Richtlinienkompetenz‘, in anderen Staaten registrierte Flüchtlinge zurückzuweisen, sagte Merkel am Montag in Berlin. Die Kanzlerin zog damit in dem Konflikt mit Seehofer eine klare rote Linie.“ ([FAZ v. 18.06.2018](#))

Hinweises auf ihre Richtlinienkompetenz zog,
und

++ ihre Möglichkeit, die CSU durch die Grünen als Koalitionspartnerin zu ersetzen, in der öffentlichen Diskussion eine geringe Rolle spielt.

- Die *Darstellung* von Merkel als schwach scheint – im Rahmen einer eigendynamischen Feedbackschleife (vgl. [1](#), [2](#) und [3](#)) – ihre Position tatsächlich (weiter) zu schwächen (s. näher dazu den Anhang).

2. Seehofer selbst sieht den Streit nicht nur als „wichtig“ oder ähnliches an, sondern als „grundlegenden Dissens“:

„Es geht nicht um 14 Tage, es geht um einen grundlegenden Dissens“, sagte Seehofer [...]. „Ich habe im Vorstand [der CSU] mehrfach darauf hingewiesen, dass wir noch längst nicht über den Berg sind.“ (dpa-Meldung nach [SZ vom 18.06.2018](#); vgl. auch [Tagesspiegel v. 18.06.2018](#) – mit „14 Tagen“ waren die zwei Wochen von den Unions-Vorstandssitzung am 18. Juni bis zum [EU-Gipfel am 28./29.06.](#) bzw. der nachfolgenden CDU-Vorstandssitzung am 01. Juli² gemeint.)

Wo ein „grundlegende[r] Dissens“ besteht, mag die Entscheidung zwar – um z.B. 14 Tage aufgeschoben werden können; aber ein Kompromiß in der Sache ist nicht möglich; die Auseinandersetzung kann nur mit der Niederlage und Unterwerfung der jeweils eigenen oder anderen Seite enden – und entsprechend ist inzwischen der Tonfall der CSU gegenüber der Vorsitzenden ihrer großen Schwesterpartei:

„Den Plan haben nur ich [Horst Seehofer] und Angela Merkel. Die Bundeskanzlerin hat mit 62 1/2 von 63 Punkten kein Problem. Bei dem ausstehenden halben Punkt wird aus einer Mickey Maus ein Monster gemacht. Ich lasse mir meinen Plan nicht zusammenstreichen. Das kommt nicht in Frage.“ (Passauer Neue Presse v. 21. bzw. 22.06.2018: [Wortlaut des Interviews](#); [Kurzmeldung dazu](#); [Die Welt v. 22.06.2018 dazu](#))

Und auf die Frage:

„Die Richtlinien der Politik werden nach dem Grundgesetz noch immer von der Bundeskanzlerin und nicht vom CSU-Vorstand bestimmt, oder?“:

„Wenn man mit dieser Begründung einen Minister entließe, der sich um die Sicherheit und Ordnung seines Landes sorgt und kümmert, wäre das eine weltweite Uraufführung. Wo sind wir denn? Ich bin Vorsitzender der CSU, einer von drei Koalitionsparteien, und handle mit voller Rückendeckung meiner Partei. Wenn man im Kanzleramt mit der Arbeit des Bundesinnenministers unzufrieden wäre, dann sollte man die Koalition beenden.“ (Passauer Neue Presse v. 21. bzw. 22.06.2018: [Wortlaut des Interviews](#); [Kurzmeldung \[2\] dazu](#); [FAZ-Meldung vom 21.06.2018 dazu](#))

FDP-Chef Lindner steuerte von außen – wohl nur scheinbar mitleidig – die Beobachtung und Bemerkung bei:

„die CSU [streitet] wegen der anstehenden Landtagswahl in Bayern im Oktober ‚bis aufs Blut‘ mit der Schwesterpartei streite“

² „Merkel kündigte [...] an, der CDU-Vorstand werde sich am 1. Juli wieder treffen – es ist ein Sonntag, eingeladen wurde für den Abend –, um zu entscheiden, wie mit den Ergebnissen ihrer Bemühungen auf der europäischen Ebene umzugehen sei.“ ([FAZ v. 18.06.2018](#)) / Merkel will „die CDU-Spitzen gremien am 1. Juli über den Stand ihrer Verhandlungen über Abkommen mit vom Migrationsdruck belasteten Ländern wie Italien informieren.“ (<https://www.zeit.de/news/2018-06/18/seehofer-gibt-merkel-frist-fuer-eu-loesung-bis-ende-juni-180618-99-765627>)

„die Art und Weise, wie auch innerhalb ihrer eigenen Partei und Koalition persönlich über sie gesprochen wird, und sie geradezu zu einer Hassfigur gemacht wird, das erschreckt uns sehr.“ ([FAZ v. 21.06.2018](#))

Die *Süddeutsche Zeitung* analysierte dazu:

„Schlecht klingt das nicht, es wirkt einfühlsam – und vielleicht empfindet er das ja wirklich so. Allerdings gibt es zu all dem eine Vorgeschichte, die Zweifel offen lässt, ob er es wirklich so gemeint hat. Denn in den letzten 100 Tagen hat Lindner mindestens neunzig Tage dafür verwendet, dem Publikum Merkel als gescheiterte Kanzlerin vorzuführen. Er machte dies in einer Art, die in Tonlage und Attackenstärke den Eindruck vermittelte, auch ihm sei an der Demontage der Kanzlerin sehr gelegen. Bis hinein in die vergangene Krisenwoche der Koalition war Lindner vorneweg mit dabei, das Signal zu senden, diese Kanzlerin sei politisch am Ende und müsse eigentlich abgelöst werden. Lindner betonte dabei auch, dass er in der Streitfrage auf der Seite von Horst Seehofer, dem Bundesinnenminister, stehe. [...]. Die Konsequenz: Egal, ob Lindner sich von der Aggressivität anderer mittlerweile distanzieren möchte – die *Bild*-Zeitung machte aus seinem Auftritt ‚einen der brutalsten Angriffe der letzten Tage‘.“ ([SZ v. 22.06.2018](#))

Begonnen hatte die verbale Eskalation wohl damit, daß – nachdem Merkel anscheinend zuvor die Vorstellung von Seehofers „Masterplan Migration“ blockiert hatte³ – der bayerische Ministerpräsident Söder (CSU) das „Endspiel um die Glaubwürdigkeit“ ausrief:

„Wir sind im Endspiel um die Glaubwürdigkeit. Die Menschen haben die Geduld verloren. Die CSU steht“, sagt Bayerns Ministerpräsident Markus Söder am Donnerstag vor den CSU-Abgeordneten und erhöht abermals den Druck. ‚Wir müssen jetzt durch Handlung beweisen, dass wir für unsere Haltung stehen‘, sagte der Ministerpräsident Teilnehmern zu Folge. ‚Wir müssen zeigen, dass unser Land handeln will und handeln kann.‘ Das Land stehe an einer ‚historische Weggabelung‘.“ ([HAZ](#) und [LVZ](#) vom 14.06.2018)

Die Zeitungen des Redaktionsnetzwerkes Deutschland (RND), die darüber berichteten, steigerten dies – in der Überschrift – zu „Merkels Endspiel in Berlin“ und – im Text – zum „Endspiel um die Macht in der Union“ (ebd.).

Die *FAZ* analysierte dazu am nächsten Tag unter der Überschrift „*So sehen Endspiele aus*“:

„Die Entscheidung im Streit zwischen CSU und CDU über die Asylpolitik lässt sich allenfalls noch um Tage aufschieben, aber nicht mehr, wie noch vor Monaten, vertagen. Die CDU und ihre Fast-Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer versuchen nun zwar, nach altem Rezept die Gleichung aufzustellen: Stürzt Merkel, stirbt Europa. Aber Horst Seehofer wird nicht in die Pantoffeln Thomas de Maizières steigen. Die CSU setzt jetzt alles auf eine

3 „Wir sind über den Masterplan noch in intensiven Gesprächen“, sagte Merkel am Sonntagabend [10.06.2018] in der ARD-Sendung ‚Anne Will‘.“ ([Stern v. 11.06.2018](#)). Danach sagte Seehofer die Pressekonferenz zur Vorstellung des Plans, die für Dienstag, den 12.06. geplant war am Montag ab ([Tagesspiegel v. 11.06.2018](#))

Seit wann der „Masterplan“ – unter diesem Namen – überhaupt in der öffentlichen Diskussion ist, konnte ich bisher nicht feststellen. Ein Teil der Vorgeschichte findet sich zumindest im [Focus v. 11.06.2018](#): „Der Streit schließt nahtlos an die alten Meinungsverschiedenheiten zwischen Merkel und Seehofer an. [...]. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hatte die Diskussion vor einigen Tagen öffentlich wieder in Gang gebracht, als er auf Zurückweisungen von Flüchtlingen an den Grenzen drang. Seehofer zog mit und arbeitete, so ist in CSU-Kreisen zu hören, an einem ausgefeilten Vorschlag. Bei den Bayern bekam das Thema binnen kürzester Zeit Schwung. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ging sogar noch weiter als Dobrindt. Er forderte bei einer Abendveranstaltung in Augsburg: ‚Wenn bei jemandem von vornherein klar ist, dass er überhaupt keine Chance hat, hierbleiben zu dürfen, dann würde ich ihn an der Grenze zurückweisen‘ Bei Politikern der Schwesterpartei löste dieser Beitrag kleine Wutattacken aus. ‚Wie will der denn an der Grenze erkennen, wer eine Chance hat‘, meinte ein prominentes CDU-Mitglied, ‚Asylentscheid nach Augenschein, oder was?‘“

Karte. Wie auch immer man sich die nächsten Tage dieser Koalition ausmalt, es werden deren letzte Tage werden, wenn Merkel nicht nachgibt.“ ([FAZ v. 15.06.2018](#))

Fehlt fast nur noch, daß die CSU zum „Endsieg über Merkel“ aufruft...

3. Die SPD sagt *nicht*, daß in allem, was zwischen Merkel und Seehofer strittig ist, Merkel die richtigere (auch ich sage *nicht*: richtige) Position hat, sondern die SPD stellt die beiden tendenziell als irrationale Streithenne und -hahn dar, die sich gefälligst einigen sollen: „Wir fordern die Union auf, ihre internen Streitigkeiten möglichst bald zu beenden“, sagte SPD-Chefin Andrea Nahles. ‚Theaterstücke im Dienste von Landtagswahlen‘ seien nicht angemessen.“ ([Vorwärts v. 14.06.2018](#)) – Eine inhaltliche Zurückweisung der CSU-Position sähe anders aus...⁴

Auch Rainer Balcerowiak (Ex-junge Welt⁵) analysiert (der [Konjunktiv II – Irrealis](#) – seiner Formulierungen ist das Entscheidende!):

„es [wäre] ein Leichtes gewesen, Seehofers Vorstoß unaufgeregt, aber bestimmt den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die SPD könnte sich schlicht auf den Koalitionsvertrag berufen und auf dessen Einhaltung pochen. Denn in diesem, noch fast druckfrischen Werk steht zwar einiges zur Flüchtlingspolitik, was eine bayerische Handschrift trägt. Aber definitiv nicht, dass man übereingekommen wäre, die deutschen Grenzen im Alleingang für alle Flüchtlinge zu schließen, die bereits in einem anderen EU-Land registriert worden sind. [...]. Ein frühes, kategorisches ‚Nein‘ der SPD zu diesem bayrischen Begehren – wie auch zu einigen anderen bis jetzt bekannten Punkten aus Seehofers Masterplan – hätte die Situation grundlegend verändert.“ ([Cicero v. 19.06.2018](#))

[Die Welt](#) dürfte nicht ganz falsch liegen, wenn sie vermutet, daß sich die SPD wegen interner Widersprüche⁶ nicht klar positioniert, sondern laviert ([Bloß nicht in den „Kugelhagel“ der Union geraten](#) v. 19.06.2018). Noch einmal Balcerowiak an genannter Stelle: „Leise hört man sie [die SPD] flehentlich wimmern: ‚Bitte, bitte, einigt euch.‘“

Es scheint sogar so, daß sich die SPD eher **zwischen** Merkel und Seehofer als auf die Seite von Merkel stellt:

„Gleichzeitig machte sie [Nahles] einen Vorschlag dazu, wie künftig mit Migranten umgegangen werden sollte, die bereits in einem anderen EU-Land registriert seien: Die sogenannten Dublin-Fälle sollten in einem beschleunigten Verfahren geprüft werden. Dies mache es möglich, solche Fälle innerhalb einer Woche abzuwickeln, sagte Nahles. Nach dieser verkürzten Prüfung sei es dann möglich, diese Menschen gegebenenfalls zurückzuschicken. Nahles nannte diese Lösung ‚pragmatisch, human, europäisch‘.“ ([Die Welt v. 19.06.2018](#))

„Die SPD sei aber natürlich bereit, ‚sehr schnelle rechtsstaatliche Verfahren für Flüchtlinge mitzutragen, die bereits in einem anderen EU-Land registriert sind‘“ ([Tagesspiegel v. 24.06.2018](#)), so auch der Stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner.⁷

4 So auch – aus anderem Anlaß – [Die Welt](#) in dem gleich noch angeführten Artikel [vom 19.06.2018](#): „[...] damit stellte sich die SPD im Streit der Unionsparteien nicht etwa auf die Seite von Kanzlerin Angela Merkel (CDU).“

5 <http://www.fau-duesseldorf.org/nachrichten/junge-welt-entlassung-des-redakteurs-rainer-balcerowiak>.

6 „Nahles weiß, dass auch ihre Partei viele Fragen der Migrationspolitik längst noch nicht für sich geklärt hat. Beispielhaft dafür waren die Reaktionen auf eine Äußerung von ihr selbst: Nahles hatte gesagt, dass Deutschland nicht alle Migranten aufnehmen könne. Daraufhin gab es scharfe Kritik von Parteilinken. Der Berliner Landesverband rügte die Äußerung sogar in einem Beschluss eines Parteitages. Dabei geben selbst SPDler vom linken Flügel zu, dass ein Teil ihrer Wählerschaft eine härtere Flüchtlingspolitik und auch Zurückweisungen an der Grenze begrüßen würde. Kurz: Die Partei sucht eine einheitliche Position.“ ([Die Welt v. 19.06.2018](#))

Eine „europäische Lösung“ im Sinne von Merkel müßte dagegen, – wenn schon nicht das Interesse der Geflüchten selbst, ihren Lebensort zu bestimmen, so doch – das Interesse der südeuropäischen Staaten, daß nicht alle Ankommenden bei ihnen verbleiben, berücksichtigen: „Italien drängt im Migrationsstreit auf einen ‚radikalen Wandel‘ der Asylpolitik. Die Dublin-Regelung, nach der Migranten in dem Land einen Asylantrag stellen müssen, das sie zuerst innerhalb der EU betreten hätten, müsste komplett überwunden werden, sagte Regierungschef Giuseppe Conte.“ ([Tagesschau v. 24.06.2018](#)) „Kanzlerin Merkel sprach davon, Ankunftslander nicht allein zu lassen.“ (ebenfalls [Tagesschau v. 24.06.2018](#)) Letzteres könnte allerdings auch heißen, den EU-Grenzländern – als Gegenleistung dafür, daß die Geflüchteten bei ihnen bleiben (müssen) – *finanziell* entgegenzukommen. Dies schließt nicht einmal Seehofer aus: „Staaten an den Außengrenzen Europas, bei denen die Flüchtlinge ankommen und die die Hauptbelastungen tragen, müssen wir helfen.“ ([Passauer Neue Presse v. 22.06.2018](#))

4. Auch von Linkspartei und Grünen ist keine deutlich vernehmbare Forderung zu hören, Seehofer *schon jetzt* wegen des *Inhaltes* seines Masterplans und nicht erst bei Verletzung der Richtlinienkompetenz zu entlassen.

a) Stattdessen beteiligt sich die Linkspartei mit der Forderung, Merkel solle die Vertrauensfrage stellen⁸, daran, Merkel in eine Krise zu reden – statt das Feuer auf diejenigen zu richten, die das politische Kräfteverhältnis in der BRD *noch weiter* nach rechts verschieben wollen. Zwar kann es weder die Aufgabe einer linksreformistischen Partei wie der Linkspartei noch gar von revolutionären MarxistInnen sein, einfach nur den *status quo* des politischen Kräfteverhältnisses zu verteidigen, sondern besteht diese darin, daß politische Kräfteverhältnis nach links verschieben. Aber in der „konkreten Situation“ ([LW 31, 154](#)⁹), in der wir uns befinden, würde ein Sturz von Merkel keine Links-, sondern eine massive Rechtsverschiebung des politischen Kräfteverhältnisses bedeuten¹⁰.

b) Die Grünen haben zwar ihre Bereitschaft erkennen lassen, statt der CSU in die Bundesregierung einzutreten, aber warten öffentlich vor allem passiv darauf, daß sich diese Möglichkeit eventuell ergibt, statt sie zu *fordern* – und können so der Rechtsverschiebung des politischen Kräfteverhältnisses, die wir von Tag zu Tag erleben, öffentlich wenig entgegenzusetzen (*vielleicht* in Vertrauen darauf, daß die Ersetzung der CSU durch die Grünen schon eingetütet ist, und es nur noch darum geht, den optimalen Moment abzapfen – aber das glaube ich eher *nicht*):

7 Darüber hinaus sagte Stegner aber immerhin auch: „Unser Nein gilt für direkte Zurückweisungen an der Grenze, aber auch für die von Innenminister Seehofer offenbar geplante Absenkung von Sozialleistungen für Migranten, die Einführung einer Residenzpflicht sowie die Zahlung von Sachleistungen statt von Geld“ ([Tagesspiegel v. 24.06.2018](#)).

8 „Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch hat die Kanzlerin diese Woche mal wieder besonders entschlossen aufgefordert, die Vertrauensfrage zu stellen.“ ([Süddeutsche Zeitung v. 22.06.2018](#))

9 „Er [Gen. B. K. = [Bela Kun](#)] umgeht das, worin das innerste Wesen, die lebendige Seele des Marxismus besteht: die konkrete Analyse einer konkreten Situation.“

10 Um dieser drohenden Rechtsverschiebung zumindest diskursiv entgegenzutreten, ist es auf alle Fälle sinnvoll, die Entlassung Seehofers zu fordern. Vielleicht wäre es – im Rahmen parlamentarische Rhetorik auch sinnvoll –, CSU, AfD und FDP aufzufordern, einen konstruktiven Mißtrauensantrag gemäß [Art. 67 I GG](#) gegen Merkel zu stellen, aber dann (falls es dazu kommen sollte) – das ist hoffentlich selbstverständlich und bedarf hoffentlich keiner ausdrücklichen Begründung – *gegen* den Kandidaten oder die Kandidatin einer solchen rechtsnationalen Einheitsfront zu stimmen.

„Dass die Grünen regieren könnten und gestalten wollen – daran gibt es sicherlich keinen Zweifel. Aber für ‚Was wäre, wenn ...?‘-Spekulationen ist die Zeit viel zu ernst. Ich verlange, dass die Union sich jetzt zusammenreißt und beweist, dass CDU und CSU überhaupt noch regierungsfähig sind.“ ([taz v. 17.06.2018](#))

Das heißt: Auch die Grünen stellen sich nicht klar gegen die CSU, sondern fordern CSU und CDU auf, sich ‚zusammenzureißen‘, das heißt: zu einigen...

5. Auch die Geflüchtete unterstützenden NGO scheinen sich in dem Streit Seehofer-Merkel auf eine ZuschauerInnen-Rolle zu beschränken: „Wer nicht will, dass Europa zu einer Festung wird, könnte seine Stimme erheben. Aber es ist still. Man hört nur die anderen.“ ([Süddeutsche Zeitung v. 21.06.2018](#))

Von den Zehntausenden die vor ein paar Wochen noch in Berlin gegen die AfD demonstrierten, ist jetzt, wo

- AfD-Positionen und -Rhetorik unter CSU-Label verbreitet werden und
- eine ‚Wiederholung‘ der Kanzlerkandidatur von [Franz Josef Strauß](#) (von 1980), der damals mit einer linken (und liberalen) „Stoppt Strauß“-Kampagne entgegengetreten wurde¹¹, im neuen Gewande droht,

auf einmal nichts zu hören.



Soviel zur Beschreibung der aktuellen politischen Lage, die einer *Analyse* und *politischen Antwort* bedürfte.

Die Fortsetzung des vorliegende Papiers, die morgen oder in den nächsten Tagen fertig werden wird, beschränkt sich demgegenüber zunächst darauf, systematisch vier Szenarien dessen, was in den nächsten Wochen passieren kann, und welche Konsequenzen sich daraus mittelfristig ergeben können, darzustellen. Es sind vor allem vier Szenarien, die erörtert werden:

1. Am Jahresende wird Jens Spahn oder eine andere Person vom rechten Unionsflügel Bundeskanzler sein – wohl möglich sogar als Kanzler einer Union/FDP-Regierung, die teilweise von AfD toleriert wird. **2.** Merkel wird weiterhin Bundeskanzlerin sein, macht aber fernerhin Politik nach den Richtlinien von Horst Seehofer. **3.** Merkel regiert bereits in naher Zukunft nicht mehr mit CSU und SPD, sondern mit Grünen und SPD. **4.** Merkel wird in naher Zukunft von Annegret Kramp-Karrenbauer abgelöst.

Auch wenn der Unterschied zwischen Variante 2. und 4. marginal sein dürfte, so scheint mir doch der Unterschied zwischen Variante 1. und 3. **kein** Unterschied zu sein, der – für die sich als revolutionär und/oder kommunistisch verstehende und schon gar nicht für die sich bloß irgendwie diffus als „radikal“ oder bloß „antifaschistisch“ verstehende Linke – schnurz ist. Vielmehr ist dieser Unterschied nicht nur für die Lebenssituation der Geflüch-

¹¹ „gegen ihn wurde eine massive *Stoppt-Strauß-Kampagne* geführt. Im Wahlkampf kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen bei einer Strauß-Kundgebung in Bremen.“ (hinter https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Franz_Josef_Strauß_%C3%9F&oldid=178495514#cite_ref-52). Siehe auch: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/images/thumb/d/d9/Artikel_46134_bilder_value_11_strauss11.jpg/450px-Artikel_46134_bilder_value_11_strauss11.jpg und https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/images/thumb/4/4d/Artikel_46134_bilder_value_7_strauss7.jpg/450px-Artikel_46134_bilder_value_7_strauss7.jpg.

teten sowie der schon seit Jahrzehnten hier lebenden MigrantInnen und deren Nachkommen; nicht nur umwelt- und geschlechterpolitisch; nicht nur hinsichtlich der Art und Weise bzw. Grades der Aggressivität der Austragung innerimperialistischer Widersprüche¹², sondern auch hinsichtlich Ausmaß und Anlässen der staatlichen Repression, auf die sich die linke Szene und überhaupt soziale Bewegungen einzustellen haben, relevant.

Fortsetzung

mit einer näheren Darstellung der vier genannten Szenarien und dessen, was aus ihnen folgen kann, sowie einem Resümee folgt morgen oder in den nächsten Tagen.

Zum Weiterlesen:

++ *Sehr informativ über die Entwicklung des Streits zwischen Seehofer und Merkel bzw. CSU und CDU:*

Gudula Geuther / Bettina Klein / Barbara Roth, Streit um Flüchtlingspolitik: *Merkels Menetekel*, im internet unter der Adresse: https://www.deutschlandfunk.de/streit-um-fluechtlingspolitik-merkels-menetekel.724.de.html?dram:article_id=420703 (18.06.2018)

++ *Zum Agieren von AfD, FDP, Grünen und Linkspartei:*

Stefan Braun, 100 Tage Bundesregierung: *Jede Opposition verrät sich auf ihre Art*, im internet unter der Adresse: <http://www.sueddeutsche.de/politik/tage-bundesregierung-jede-opposition-verraet-sich-auf-ihre-art-1.4026450> (22.06.2018)

12 S. dazu: „Es sind Sätze, die eine Zäsur in der deutschen Europapolitik darstellen würden, falls sie sich bewahrheiten würden. Am vergangenen Donnerstag [14.06.2018] erklärte Markus Söder (CSU) in Berlin, ‚die Zeit des geordneten Multilateralismus‘ werde in Europa und der Welt ‚etwas abgelöst von Einzelländern, die auch Entscheidungen treffen‘. Der bayerische Ministerpräsident sagte weiter: ‚Der Respekt vor Deutschland ergibt sich auch daraus, dass wir auch in der Lage sind, unsere Interessen selbst wahrzunehmen.‘ Einmal abgesehen davon, dass Söder den falschen Eindruck erweckte, dass die ‚Einzelländer‘ gegenwärtig im Korsett der EU und anderer internationaler Zusammenschlüsse nichts mehr zu sagen haben, legt das Zitat den Eindruck nahe, dass es ihm um Grundsätzliches ging – gewissermaßen auf die Formel gebracht: ‚Deutschland first, Europa second‘.“ ([Tagesspiegel v. 15.06.2018](#))

„Sie [Kräfte der „Allianz der Zerstörer“ des Multilateralismus in „Moskau und Washington, [...] in Warschau, Budapest und Rom [...] und womöglich auch schon in München] greifen diese [diffusen „Ängsten der Menschen“] auf und verstärken sie, um dann den starken Nationalstaat als Lösung zu präsentieren, der die vermeintlichen Interessen des Volkes kraftvoll gegen die anderen Länder durchsetzt. Das Problem ist nur: Wenn alle so handeln, gibt es **am Ende wieder Krieg**. Solche Warnungen sind heute leider kein Alarmismus mehr. Verstörend schnell kommt der Nachkriegskonsens rund um die Begriffe Europa, Offenheit, Freiheit ins Rutschen.“ ([Süddeutsche Zeitung vom 15.06.2018](#) – meine Hv.)

Die gleiche Warnung spricht der eingangs zitierte Berthold Kohler in der *FAZ* aus: „Die Zerstrittenheit, die Verbitterung und das politische Chaos aber, mit denen nach einer Scheidung von CDU und CSU zu rechnen wären, kann nur jenen egal oder sogar recht sein, die hoffen, dass der Kernschmelze die Sintflut folge. Und da möge man sich nicht täuschen: Die Lust auf Zerfall und Zerstörung ist auch in diesem Land wieder erschreckend groß geworden. Ein erhebliches Ausmaß nahm auch die Leichtfertigkeit an, mit der für billigen Beifall zur Demontage freigegeben wird, was nach dem letzten großen **Krieg in Europa** mühsam aufgebaut wurde, um den Absturz oder auch das schleichende Hineingleiten in eine weitere europäische Katastrophe zu verhindern.“ ([FAZ v. 24.06.2018](#) – meine Hv.)

Auch wenn sich die Einsicht, daß des *Tagesspiegels*, daß auch die „Einzelländer“ – und zumal die BRD, so ist hinzuzufügen – auch in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ziemlich viel zu sagen hatten, dahingehend zugespitzt werden muß, daß die (west)europäische und transatlantische Ausrichtung das geeignete Mittel war, um die Interessen des deutschen Imperialismus durchzusetzen (und nicht etwa zurückzustellen), so ist doch auch klar, daß die Strategie des bundesdeutschen Imperialismus seit 1945 und – mit Abstrichen – auch nach 1990 noch eine *andere* war als insbesondere von 1914 bis 1918 und von 1933 bis 1945 – womit wiederum *nicht* dramatisierend gesagt werden soll, daß ein Sieg der CSU über Merkel unmittelbar „Krieg in Europa“ bedeuten würde; aber die Bandagen mit denen inner-imperialistische Widersprüche ausgetragen werden, würden sicherlich dicker.

++ Szenarien-Darstellungen in taz und FAZ:

Stefan Reinecke, Fragen und Antworten zum Unions-Krach: *Kommt jetzt die Lega Süd?* Die Lage im Schwesterstreit zwischen CDU und CSU ist verworren. Können sie weiter zusammenarbeiten? 15 Fragen und Antworten; internet unter der Adresse: <https://www.taz.de/!5510819/> (v. 16.06.2018)

Oliver Georgi, Asyl-Streit in der Union: *Wer siegt im Endspiel?*; internet unter der Adresse: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/asyl-streit-in-der-union-wer-siegt-im-endspiel-15649487.html> (v. 20.06.2018)

++ Terminplan bis Donnerstag, den 05. Juli 2018:

Merkels Terminplan im Asylstreit; im internet unter der Adresse: <http://www.tagesschau.de/inland/asylstreit-termine-101.html>

Anhang:

Es scheint die allgemeine Wahrnehmung zu sein, daß Merkel unter dem Druck der CSU stehe.¹³

Bis vergangenen Montag hatte ich diese Wahrnehmung geteilt. Meine Interpretation der Ergebnisse der Unions-Vorstandssitzungen vom 18.06.2018 lautete dagegen zunächst, daß – nach Merkels klarem Hinweis auf ihre Richtlinienkompetenz gegenüber nationalen Alleingängen¹⁴ – nunmehr die CSU unter Druck steht: nämlich *unter dem Druck*,

- nach dem absehbaren Ergebnis des EU-Gipfels *im Hauptstreitpunkt* – dem Verbleib von Geflüchteten in dem EU-Land, in dem sie in die EU einreisen, bzw. der Zurückweisung [an der Grenze] derjenigen, die weitermigrieren wollen – *nachgeben zu müssen* (denn es ist ja klar, daß die Geflüchteten, die die Seehofer, Söder und Dobrindt nicht haben wollen, auch ihre Brüder im Geiste Kurz, Strache und Salvini nicht haben wollen) und dann als Papiertiger dazustehen oder
- aber zu versuchen, den harten Worten weitere harte Taten folgen zu lassen und als Folge dieses – scheiternden – Versuches ihre Beteiligung an der Bundesregierung und das Bündnis mit der CDU aufgeben zu müssen.

Der Hinweis von Merkel auf ihre Richtlinienkompetenz war deutlich, und sie machte auch klar, daß sie keinen Automatismus derart akzeptiere, daß wenn der EU-Gipfel am 28./29.06. nicht die von der CSU gewünschten Ergebnisse bringt, Seehofer dann einseitig handeln dürfe:

13 z.B.: „Die Unionsparteien seien noch nicht über den Berg, der Dissens mit Angela Merkel ‚grundlegend‘. Der **Druck** auf die Kanzlerin steigt.“ ([Deutschlandfunk v. 18.06.2018](#)) „selten war die Kanzlerin so sehr unter **Druck**, und das durch den eigenen Partner CSU“ ([Tagesschau v. 19.06.2018](#)) „Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) steht im Asylstreit mit Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) unter **Druck**, das ist klar.“ ([ND v. 20.06.2018](#)) „jetzt, da sie [Merkel] unter **Druck** steht wie nie“ ([taz v. 23.06.2018](#)). „Sein [Seehofers] Plan, Flüchtlinge nicht mehr nach Deutschland einreisen zu lassen, die schon anderswo in der EU registriert sind, hat zum Zerwürfnis zwischen CDU und CSU geführt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gerät zunehmend unter **Druck**.“ ([Süddeutsche Zeitung v. 23.06.2018](#)) „der **Druck** auf Merkel [ist] groß.“ ([ZDF v. 24.06.2018](#)) „Merkel steht innenpolitisch enorm unter **Druck**, auf europäischer Ebene einen Weg zu finden, den Zustrom von in anderen EU-Ländern registrierten Asylbewerbern nach Deutschland zu bremsen.“ ([Tagesschau v. 24.06.2018](#) – alle Hervorhebungen von mir)

14 „Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat Innenminister Horst Seehofer (CSU) im Streit um die Zurückweisung bestimmter Flüchtlinge an der Grenze vor einem Alleingang gewarnt. Es sei eine ‚Frage der Richtlinienkompetenz‘, in anderen Staaten registrierte Flüchtlinge zurückzuweisen, sagte Merkel am Montag in Berlin. Die Kanzlerin zog damit in dem Konflikt mit Seehofer eine klare rote Linie.“ ([FAZ v. 18.06.2018](#))

„Die Kanzlerin beharrt darauf, dass es am Monatsende keinen ‚Automatismus‘ gebe.“ ([FAZ v. 18.06.2018](#))

„Merkel hat sich von der CDU-Spitze ausdrücklich bestätigen lassen: Es gebe für das Vorgehen nach dem EU-Gipfel ‚keinen Automatismus‘. Unter einem Diktat – entweder Erfolg, oder die CSU kriegt ihren Willen – will sie nicht mit EU-Partnern verhandeln, die jeder für sich auch nicht einfach sind.“ ([Tagesspiegel v. 18.06.2018](#))

„Es gebe „keinen Automatismus“, so verkündete sie. Das sollte heißen, dass nicht selbstverständlich mit national beschlossenen Zurückweisungen begonnen würde, sollte die Kanzlerin keine handfesten Resultate vorlegen können. Merkel wiederholte ihren in diesen Tagen so häufig geäußerten Grundsatz, dass sie nicht unilateral, nicht unabgestimmt und nicht zu Lasten Dritter in Europa vorgehen werde.“ ([FAZ v. 18.06.2018](#))

Daß meine Interpretation der Ergebnisse der Unions-Vorstandssitzungen vom 18.06.2018 von der Allgemeinheit *nicht* geteilt wird, macht einen Teil der Dynamik der Situation aus, die bedeutet, daß Merkel nun tatsächlich wieder unter Druck steht: Ein *unzutreffendes* Bild der Wirklichkeit (s. dazu gleich noch den Hinweis zu Merkels alternativer Koalitionsmöglichkeit) *wird* zur Wirklichkeit.

Und auch tatsächlich übt die CSU weiterhin Druck aus – entweder, weil sie darauf setzt, doch noch eine Rebellion in der CDU gegen Merkel auslösen zu können; oder weil sie sich in eine Sackgasse verrannt hat, aus der sie nicht wieder rauskommt – oder weil sie weitreichende Pläne zum Umbau des deutschen Parteiensystems hat.

Wie dem auch sei – Seehofer trat am Samstag in der *Süddeutschen Zeitung* Merkels grundgesetzlichen Anspruch auf Richtlinienkompetenz klar entgegen:

„Seehofer zeigt sich im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* empört über Merkels Ermahnung, ihre Richtlinienkompetenz zu achten. ‚Man hat im Kanzleramt aus einer Mücke einen Elefanten gemacht. Und es ist höchst ungewöhnlich gegenüber dem Vorsitzenden des Koalitionspartners CSU, mit der Richtlinienkompetenz zu drohen‘, sagte Seehofer. ‚Das werden wir uns auch nicht gefallen lassen.“ ([SZ v. 23.06.2018](#))¹⁵

Zu beachten ist aber, daß Merkel – solange die CDU ihr folgt – zur Not auch mit SPD und Grünen (statt mit SPD und CSU) regieren kann, während die CSU auch mit FDP und AfD sowohl im Bundestag als auch in Umfragen (jedenfalls noch) deutlich von einer Mehrheit entfernt ist.

¹⁵ Es ist nicht nötig, die grundgesetzlich festgelegte bundeskanzlerische Richtlinienkompetenz für politisch richtig (gut/sinnvoll) zu halten (was ich nicht mache), um diesen Vorstoß Seehofers für bemerkenswert zu halten. [Die Welt \(v. 23.06.2018\)](#) sieht darin – analytisch zurecht – eine „offene Kampfansage“ an Merkel: „Im erbitterten Streit über die Asylpolitik Deutschlands hat Bundesinnenminister Horst Seehofer nachgelegt und eine offene Kampfansage an Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gerichtet.“